Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Einzelhandel. — Inserate werden nicht angenommen.

März 1926

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 499 29 (Buchdruckerei für Arbeiter-Literatur, Berlin O 7, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifenband durch die Post: Halbjährlich 10,00 Mark, jährlich 20,00 Mark, vierteljährlich 5,00 Mark. Zahlung bis 5. Bestimmungswort 20. jedes Monats.

müssen endgültig das Recht der Unternehmer auf Produktionskontrolle und Verwaltung der Produktion anerkennen und sich mit einer guten Verzinsung des von ihnen investierten Kapitals begnügen. Es ist also nicht verwunderlich, daß in dem Organ der Gewerkschaftsbanken „der Arbeiterbankier“ Aufsätze des Direktors der größten Banken Morgans, Mitchells, veröffentlicht werden, in denen versichert wird, daß durch die Banktätigkeit der Gewerkschaften und mit fortschreitender Investierung von Arbeitergeldern sich zwischen der Arbeiterklasse und dem Kapital freundschaftliche Beziehungen herausbilden müssen. An dem zweijährigen Jubiläum der Federation Bank nahen sogar solche bekannte Vertreter des Finanzkapitals, wie der Vorsitzende der „General Electric Co.“ sowie J. P. Morgan, einer der Urheber des Dawes-Planes, Begründer eines ein vom Präsidenten Coolidge, vom Finanzminister Mellon, von Vanderlip usw. Ueberhaupt hindert die Konkurrenz der Arbeiterbanken mit den kapitalistischen nicht ihr Zusammenwachsen und die Durchführung einer gleichen Politik, genau so wie die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander ihre Einheitsfront gegen die Arbeiterklasse nicht stört. (Fortsetzung folgt.)

Aus der Bewegung

Aus dem Wuppertal Die SPD, und ihr Knecht

Die politischen Knechtgeister des Proletariats haben Hochkonjunktur. Die fetten Aktiatsion-Fründer, die ihnen das abgedankte Fürstentum durch ihre „Rechtsansprüche“ an die Republik geliefert haben, kommen diesen Parlamentarier gerade recht. Können sie doch dadurch, in der jetzigen Krise des Kapitalismus mit einem Wachen der Massenarbeitslosigkeit, der tief einschneidenden sozialen Verelendung, vor den Massen ihre parlamentarische Existenzberechtigung „beweisen“. In Ansehung dieser Klassenkompromisse, KPD, und SPD, könnte man ob dieser ganzen Komödie nur lächeln, wäre nicht die der Ausdruck der Tragödie einer auf 70 Jahre zurückblickenden Arbeiterbewegung, die angibt, wissenschaftlich-sozialistisch fundiert zu sein. Die Fürstenabfindungskampagne zum Sicherheitsventil des kapitalistischen Explosionsherdes zu machen, sind sich auch die Wuppertaler, SPD, und KPD, einig. Gibt es doch eine „kochende Volksfront“ auf eine für die Bourgeoisie, und damit des parlamentarischen Drogenmittels, ungeduldige Art zur Entladung zu bringen, ihre Parole: „retromit marschieren und vererbt geschlagen, ist abstele Demokratie“. Genaum auf die psychologische Ebene, der in ihrer sozial-wirtschaftlichen Lage differenzierten Arbeiterschicht, haben sie sich in ihrem gemeinsamen Willen das Arbeitsfeld geteilt, parteipolitische und programmatische Gegensätzlichkeiten haben zu schweigen. Die KPD, tritt in keiner SPD-Versammlung auf, bisher hat nur die SPD, öffentliche Versammlungen veranstaltet. Die KPD, traktiert mit ihren Reichstagsbenzen die Arbeitslosen. Gegen diese ganze Klassenkampfkompödie im Wuppertal, tritt nur die Kommunistische Arbeiter-Partei auf. Der Versammlungsbesuch ist äußerst mäßig, zum Teil sind die Teilnehmer, die sozialistische Seilsoldaten. Woran auch der rote Frontkämpferbund, durch seine Fackelzüge wenig ändern wird. Wie schon bemerkt, eingestellt auf ihre Wahlsache und Gefolgschaft, ist die Schmachhaftmachung dieses „Klassenkampfes“ durch die Sozialdemokraten beider Kolosse verschieden. Während die KPD, ihre Volkseinscheidparaphrasen, mit revolutionärer Phrasologie umkleidet, und auf unsere Kritik erklärt: Durch Volkseinscheid an sich sei keine Entscheidung herbeizuführen. Es sei aber der Weg zur proletarischen Revolution. Die SPD, wiederum bleibt sich in ihrer bornierten und ebenso zynischen, rechen mannaus Wort. Sie schiebt republikanische Staatsbeamte als Heilsapostel in die Versammlungen. Die Akrobaten „proletarischen Klassenkampfes“ bodauern erst einmal, daß ihre beiden republikanischen Bundesgenossen sich nicht mit der „entscheidenden“ Entscheidung der Fürsten einsetzen. Um dann um mehr ihre Lobbyarbeit auf die Republik loszulassen. Die Republik, die erst den Untertan und das Kanonenhüter der Vorkriegszeit zum Staatsbürger machte, habe erst das freie Völkrecht und die Volkseinscheid zerschmettert. Was es jetzt gegen die maßlosen Fürstenerdenungen zu nützen gelte. Ueberhaupt gelte es keine Fürsten, entzweiung, die hätten sich durch ihre Fahnenflucht selbst entzweit. Das Fürstentum sei heute „Völkrecht“, darum müsse auch heute „Fürstenerdenungen“ werden. Um dieses Diskussionsredner zu unterbinden, erlaubte man nur Gernern der entscheidungslosen Entzweiung das Wort, doch ihren Zweck erreichten sie doch nicht, die Kommunisten zu unterbinden.

Die KAPD-Genossen ergriffen das Wort als Gegner des ganzen Volkseinscheidbeginns. Trotz allen Wutgeschreies bornierter Sozialdemokraten, zeigte der KAPD-Redner die unmarxistische Handlungsweise der parlamentarischen „Arbeiterpartei“ auf, insbesondere die Herrschaft der republikanischen SPD. Daß unsere Hiebe gegessen haben beweist uns die „Freie Presse“, die sich, um Eindruck zu schinden, auf einmal auf Karl Marx beruft, und dem KAPD-Redner vorwirft, die Worte unseres Altmästlers: „Proletariat aller Länder vereinigt Euch“, nicht begriffen zu haben. Was die Pressekolonne vom versauen des schweren „Kampfes“ faselt, reicht so recht nach Ohnmachtsschweiß dieser Anarchisten. Es sei aber nochmals ausdrücklich festgestellt, daß wir den Willen haben, diese ganze Klassenkompödie zu versauen. Um die Arbeiterrecht zur tatsächlichen Entzweiung aller Fürsten, einschließend der parlamentarischen Drogen, durch den rückichtslosen Bürgerkrieg auf der Grundlage des internationalen Klassenkampfgedankens zu führen.

Groß-Berlin

Die „Entlarver“ haben Angst, — entlarvt zu werden! Wenngleich die Genossen der KAP, und AAU, aus eigener Erfahrung in Punkt Diskussionsfreiheit in den Versammlungen der KPD, nach manchen schlechten Erfahrungen der „Roten Frontkämpfer“ erzählen konnte, so dürfte doch der nachschleifende Fall alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Am Freitag, den 26. Februar hatte die Erwerbslosenassoziation als Bezirks-Veranstaltung zu einer öffentlichen Versammlung in Bökers-Festhalle (Groß-Berlin) aufgerufen. Ein Mitglied dieses Ausschusses gab einen Bericht über die Zustände auf dem Arbeitsnachweis-Strahler Platz. Er klagte darüber, daß Herr Stadtrat Brückner sowie andere Beamte des roten Magistrats den Forderungen der Erwerbslosen auf gesetzliche Anerkennung ihres Erwerbslosenstatus scharr nur kein Verständnis entgegen brüchten. Und das, trotzdem er diesem Herrn Stadtrat, Brückner, sowie andere Beamte des roten Magistrats, ausdrücklich darauf hingewiesen habe: „Herr Stadtrat, die Anerkennung des Erwerbslosen-Status ist ein Interesse daran haben müßte, daß die Erwerbslosenbeschäftigung als Arbeiter, gegenüber dem Erwerbslosen beschuldigt auf dieselben erklärten könne“! (Hier bei diesen Worten war diesem Manne nicht besonders zu Mute, gegenüber den versammelten hungernden Proletariats, offenbar fürchtete er, daß irgend jemand in der Diskussion die eben geäußerten Worte aufwerfen könne und als Schlaffolgerung die „Erwerbslosenassoziation“ auf den Wert für das revolutionäre Proletariat untersuchen würde. Dieses hätte einer unserer Genossen, der sich bei dem obigen Bericht sofort zum

Wort gemeldet hätte, auch zehrend getan.) Damit also die Versammlung über diese Worte gegenüber dem „Herrn Stadtrat“ nicht etwa stutzig werden könnte, zog er sich mit folgenden Worten aus der Schlinge: „Genossen, wir müßten mit etwas bürokratisch vorgehen.“ (Er wollte wohl sagen „diplomatisch“.) Im weiteren Verlauf der Verhandlung und bei einem anderen Falle, habe er sich wohl — was ihm nicht bewußt sei — gegen die Hausordnung des Arbeitsnachweises vergangen und sei durch ein Schreiben ihm und noch einem Kollegen das Betreten des Nachweises bis zum 31. Mai verboten; bei Uebertragung dieses Verbots sei ihm mit der Polizei- und Klassenjustiz gedroht, ferner sei er und sein Kollege bis zu obigem Termin von jeder jeglicher Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen. Der Magistrat könne nur darum so brutal gegen Mitglieder von Erwerbslosenausschüssen vorgehen, weil sich die Arbeiter nicht geschlossen hinter denselben stellen. Das habe denn auch die letzte Aufforderung zur Erwerbslosendemonstration bewiesen. Wo diesem Rufe nur wenige Tausend gefolgt seien, obwohl Berlin über eine Viertel Million Erwerbslose habe. Der Berichterstatter schloß seine Ausführungen mit einem Bündel alter und neuer Forderungen an den ADOB, und den Magistrat. — Hierauf wurde das Wort dem Referenten Weber von der KPD, erteilt zum Referat über die Erwerbslosen. Er sprach für die Erwerbslosen, zeigte in seiner langen Rede von 1 1/2 Stunden die dringende Not der Erwerbslosen, besonders durch die Rationalisierung herauszukommen. Die objektive Reife zum Sturz des Kapitalismus sei vorhanden, die subjektive Reife unterentwickelt. Die Arbeiterklasse müsse sich erkennen, daß sie den Weg der Revolution gehen muß, heißt die Parole, Volksentscheid; hinein in die Gewerkschaften; auch müssen schon jetzt die Vorarbeiten zu einem Erwerbslosenkongreß geschaffen werden. Der ADOB, müsse „erzwungen“ werden. Er schloß mit den Worten: „Wir wissen alle, daß die Einheit der Arbeiterklasse nur immer vorüber sein müsse.“ — Der Versammlungsleiter hatte nun die Diskussion eröffnet. Bevor jedoch der 1. Diskussionsredner (Anarcho-Syndikalist) bestimmen konnte, griff der Versammlungsleiter wieder zum Ausdruck der Tragödie einer auf 70 Jahre zurückblickenden Arbeiterbewegung, die angibt, wissenschaftlich-sozialistisch fundiert zu sein. Nun wieder ungeduldiger Lärm und zeigte dadurch eine Pogromstimmung gegen alle, die nicht auf dem Boden der KPD, stehen. Es solle nur der sprechen dürfen, welcher sich im Sinne der Ausführungen des Referenten und des Erwerbslosenausschusses äußere. Auch dem Anarcho-Syndikalisten wurde nun das Wort entzogen, weil derselbe in die KAP, und AAU-Versammlung nach Meinung des Versammlungsleiters erklärt habe, daß er mit dem Rätegedanken sympathisiere, deren Träger die KAP, ist. (Offenbar scheinen dies die ersten Schritte zu sein, die die Arbeiterklasse auf der Einheitsfront, zu weiter hinten am Schwanz die antiparlamentarischen Anarcho-Syndikalisten hängen. Ein KAP-Genosse gab geschäftsordnungsmäßig eine Erklärung dahingehend, daß alle vom Versammlungsleiter aufgestellten Verurteilungen elende Lügen seien. Nun wieder ungeduldiger Lärm und Entrüstung auf Seiten der „Frontkämpfer“, daß unser Genosse es trotz ausdrücklichen Redeverbotes hier noch wage, zur Geschäftsordnung zu sprechen. Unsere Genossen verließen die Versammlung. Ein parteiloses Arbeiter, welcher auch aus Entrüstung den Saal verließ, erklärte: Die Diktatur der Dummbest marschiert!

Öffentliche Versammlung in Charlottenburg.

Eine überfüllte Versammlung hatte der 7. Berliner Unterbezirk am 11. März in Ahlerts Festhalle in der Berliner Straße Frage der Fürstenerntung. Nach dem Referat forderte die Versammlung die KPD, sich für die Erwerbslosen, die das Wort zu nehmen. Trotzdem von Seiten der KPD-Genossen, Jungstirmer und „Roter Frontkämpferbund“ eine Anzahl Zwischenrufe während des Referats gemacht wurde, meldete sich niemand zum Wort. Als erster Diskussionsredner sprach ein russischer Kommunist — nicht Bolschewist. Obwohl sich der Redner — sinngemäß als Gegner der KAP, einführt, sprach er zur Fürstenerntung im Sinne unserer Referenten, da diese Parole ein Bluff, eine Irreführung des Proletariats, ein Mittel in einem im Kapitalismus sei. Wertvolle Ausführungen machte der Genosse über Rußland aus eigener Erfahrung. Obwohl er nicht gut deutsch sprach, machte er sich doch recht verständlich. In Rußland herrschte das Parteilobeamtenthum im Sinne einer Diktatur der Kleinbürger, zu dem er auch die KPD und die Mittelbauern. Die zentrale Figur Rußlands“ zählte. Das Führer- und Literatentum bilde eine eigene Klasse und bevormunde das Proletariat, dessen Interessen den ihren und der der Bauern entgegenstehe. Proletariat die eine abweichende Meinung haben, kämen in der Öffentlichkeit nicht zum Wort. Oppositionelle, wirkliche Kommunisten, die in der KPR, für die Arbeiter einträten, würden aus der Partei hinausgeworfen und irgendwo in die Ecke gebracht. Redner führte Fälle aus eigener Erfahrung an, die zeigen, wie die KPD, die russischen Auslandsvertreter lebten von dem Schweiß und Blut der Arbeiter und Kleinbauern.

Eine Genossin, nicht Mitglied der KAP, zeigte die Gefährlichkeit der Fürstenerntungsparole auf, an der die Syndikalisten und Anarchisten erstarrt seien und mitschweben in den großen staatlichen Stimmzettel-Sumpf. Die Genossin, die 2 Jahre in Rußland gelebt hat, unterstrich die Ausführungen des russischen Genossen und belegte diese und eigene Wahrnehmungen mit Beweisen. In Rußland sei die Lohnarbeit und das Proletariat ausgebeutet, unterdrückt und unterdrückt. Einen Fall von der russischen Diktatur gegen das Proletariat illustrierte die Rednerin recht drastisch. Auf einen revolutionären Kommunisten wurden im Gefängnis 3 Schritte abgezogen. Es gelang ihm sich zu retten und ins Ausland zu fliehen. Nach der „Amnestie“ wurde ihm von Krestinski und andern maßgebenden Prominenten in Deutschland der Rat gegeben, nach Rußland zurückzukehren. Krestinski verbürgte sich für seine Sicherheit mit seinem Kopf. Trotzdem wurde der Genosse sofort nach seiner Rückkehr in Rußland verhaftet und blieb verschwunden.

Ein KPD-Genosse, Mitglied der Gewerkschaft, bekannte, daß er noch vor kurzem strikter Geizner der KAP, gewesen sei. Nach den letzten Vorlesungen der KPD, wurde er empfänger aber über die Ausführungen des Referenten und des russischen Genossen nachzudenken. Nach seiner Meinung seien die Gewerkschaftsbeamten, Parlamentarier und Führer der parlamentarischen Parteien, einschließend der der KPD, schuld an der Forderung der Fürstenerntung, die den Proletariat ebenso nützlich wie die der Fürsten. Der Redner, geistig weit über dem Durchschnittsniveau der KPD-Mitglieder, ist wohl einer derjenigen guten Volkstypen, die in der KPD, trotzdem sie die Fürsten, ihre Entzweiung, wie die Meinung der KPD-Genossen, steht er an der Grenze der Erkenntnis. Im übrigen schwankte der Redner, hielt die Fürstenerntungsparole für eine gute, jedenfalls nicht schädliche Tat. Von dem 70 dieser Genossen und heute in der KPD, viele Proletariat. Hier ist ein Feld für unsere Genossen, in der persönlichen Diskussion und durch Verbreitung unserer Presse aufklärend zu wirken. Ein KPD-Genosse endlich rügte einige Ausführungen des Referenten, so zur Gewerkschaftsfrage, zu Rußland und zur Fürstenerntungsparole. Er versuchte aber nicht einmal, sie zu wiederlegen oder richtig zu stellen, zitierte dafür viel Marx, Luxemburg und Liebknecht. Für die Zwischenrufe der KPD, die zwischenruf hielten sich innerhalb in erträglichen und angebrachten Grenzen — ist es bezeichnend, daß sie bestritten, daß in der „Roten Fahne“ ein Verbot der Diskussion über den letzten russischen

Ausland

Amerika Aus der „JWW.“ „The Industrial Worker“ vom 2. 1. 26 bringt aus den Mitgliederkreisen einige beachtenswerte Worte, die aus der wirklichen Arbeit um ein revolutionäres Ziel geboren, auch bei unserem Ringen die Taktik beachtet werden sollten. Auch um den Kampf um den Zusammenschluß mit der AAUE, sind sie fruchtbringend. Wie auch aus anderen Berichten hervorgeht, dringt die JWW, allenfalls die Arbeiter in Kanada haben bei den letzten Streiks sich verschiedene Belangen der JWW, angeschlossen. Sie haben ihre Forderung nach Verweigerung des Abzuges für die Gewerkschaftsbeiträge und den Bezug von Gewerkschaftskassen, aber nicht durchgesetzt. Dieses ist um so bemerkenswerter, als sich die AF, O. L., immer mehr durch Banken, Versicherungen in den Kapitalismus einbauen und die Arbeiterakte immer mehr das Klassenbewußtsein erstickt.

Ausland

Amerika Aus der „JWW.“

„The Industrial Worker“ vom 2. 1. 26 bringt aus den Mitgliederkreisen einige beachtenswerte Worte, die aus der wirklichen Arbeit um ein revolutionäres Ziel geboren, auch bei unserem Ringen die Taktik beachtet werden sollten. Auch um den Kampf um den Zusammenschluß mit der AAUE, sind sie fruchtbringend. Wie auch aus anderen Berichten hervorgeht, dringt die JWW, allenfalls die Arbeiter in Kanada haben bei den letzten Streiks sich verschiedene Belangen der JWW, angeschlossen. Sie haben ihre Forderung nach Verweigerung des Abzuges für die Gewerkschaftsbeiträge und den Bezug von Gewerkschaftskassen, aber nicht durchgesetzt. Dieses ist um so bemerkenswerter, als sich die AF, O. L., immer mehr durch Banken, Versicherungen in den Kapitalismus einbauen und die Arbeiterakte immer mehr das Klassenbewußtsein erstickt.

Unsere wahre Stellungnahme. Es war eine Politik zehende Haltung unserer Organisation bei den Konflikten zu betonen, Dies ist ein Teil unseres legalen Verteidigungsprogramms und alle Arbeiter und alle solche von Natur aus friedliebend, Teil unserer Zeitung, um dies anderen mitzuteilen. Jeder verlässbare Kauf der Zeitung muß dazu benutzt werden, um das Gewissen der Arbeiter zu lehren. Es ist nicht nötig, falls nicht nötig, Neutralität zu predigen, die es eben und wenn und für wen Gesetze gemacht werden; zu wessen Nutzen und Vorteil. Aus dieser Erkenntnis entspringt der Grad der Achtung, die wir den Gesetzen entgegenbringen. Wir verlassen uns auf unsere wirtschaftliche Macht und auf das Ausmaß dieser Macht. Wir können uns nicht aus irgend etwas verlassen, das wir nicht besitzen. Unsere wirtschaftliche Macht wird durch die Ausdehnung unserer Organisationen in den Betrieben hieran die Versammlung. Ein parteiloses Arbeiter, welcher auch aus Entrüstung den Saal verließ, erklärte: Die Diktatur der Dummbest marschiert!

Messensparade in der englischen Metallindustrie

London, 10. März. Der Verband der englischen Metallindustriellen nahm den Streik von 900 Arbeitern in einer Londoner Maschinenfabrik zum Anlaß, um die seit zwei Jahren schwebenden Lohnverhandlungen abzubrechen und ultimativ mit einer Generalaussparung zu drohen, und so tritt die andernorts Generalaussparung in der gesamten Maschinenindustrie am Freitag in Kraft. Sie wird ungefähr eine halbe Million Metallarbeiter unmittelbar betreffen, eine weitere halbe Million anderer Arbeiterkategorien werden durch die Aussparung ebenfalls zum Feiern gezwungen. Weiter ist zu berichten, daß am 1. Mai die Regierungsunterstützungen gegenüber dem Bergbau ablaufen, und Regierung und Kohlenkapital darauf hinarbeiten, vordem schon mit den Metallarbeitern fertig zu werden, um nachdem sie die Bergarbeiter vornehmen zu können. Auf jeden Fall wird die Lage des englischen Kapitals immer kritischer, und die Bourgeoisie bereitet sich auf große Auseinandersetzungen vor. Die 3. Internationale hilft ihr dabei fleißig, indem sie den Arbeitern den Kopf verrückt macht mit der Herstellung der Gewerkschaftsheit, das heißt, mit der Auslieferung der schon militärisch gewordenen Proleten an Amsterdam.

Notizteilungen

Achtung! Achtung! In den nächsten Tagen erscheint: „Die KPD, im eigenen Spiegel“. Die Broschüre bringt reichhaltiges authentisches Material über die Geschichte der KPD, und der III. Internationale, ihren Wandlungen von der revolutionären Partei bis zum sozialdemokratischen Wahlverein. Sie ist für jeden Genossen eine unentbehrliche Waffe im Kampf gegen den Moskauer Reformismus! Bestellungen nimmt der „Verlag für Arbeiterliteratur“, Berlin O 17, Warschauer Straße 49, entgegen.

Groß-Berlin

17. Unterbezirk (Lieska, Liebkow). Freitag, den 19. III., abends 7 1/2 Uhr, Diskussionsabend. Sympathisierende sind eingeladen. — Lokal: Pickenhagen, Scharnweberstr. 60. „Rote Jugend“ — 3. Märznummer (Nr. 2-3) soeben erschienen. 12 Seiten. — Preis 10 Pf. Zu beziehen durch alle Gruppen der KAJ, und die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin, Warschauer Straße 49. Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Schulz, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Isdonat, Berlin O 17, Landgrabenstr. 79.

Die Vogelscheuche: Völkerbund Das Ammenmärchen von der Demokratie

Die bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen haben das Märchen von der nationalen und internationalen Demokratie in sozusagen verbesserter Auflage herausgebracht. Die politischen Kinder bis zur KPD, haben aufmerksam den Erzählern gelauscht und sich erboten das Märchen zu realisieren. Der erste Versuch naive Zuhörer zu interessieren war der „Volksentscheid“. Man rechnet schon aus, wieviel die den Fürsten abzunehmenden 2 1/2 Milliarden reichen werden, um jeden Erwerbslosen 10 Mark Extraausstattung zu geben. Wie lange die „Notstandsarbeiten“ finanziert werden können. Wie viel Kranke in Sanatorien, wie viel Kinder in Kinderheimen Aufnahme finden und dem sozialen Elend entrisen werden. Der Kapitalismus als das System der kapitalistischen Profitordnung, der an sich nicht aus und ein weiß, der die Lebenslage der Arbeiterklasse dauernd brutal drückt um seine Profiteure zu halten, wird einfach umgeworfen in eine grosse Familie mit gleichberechtigten Mitgliedern — es ist in der Hand haben, durch einen bescheidenen Wunsch jede Ungleichheit aufzuheben. Es ist ein Mittel sehr schade, dass man nicht in der das fähige Mittel des „Volksentscheid“ ausgegraben hat. Es war doch schon immer so, dass der Schossbinder einer Kinder- und Arbeiterfamilie mehr kostete als ein halbes Dutzend „entscheidend“ um von dem kapitalistischen Ueberfließ einen Tropfen auf die Brotkrumen verhungerrnder Arbeiterbürger zu träufeln. — Man begünstigt sich alle Kleinbürger für den Gedanken, die Milliarden des Fürsten dem „Volk“ zu erhalten. Dem „Volk“ das heißt: Kapitalismus einerseits, Proletariat andererseits. Und der Kapitalismus, der diese Milliarden günstigsten Falls kassieren könnte, wird mit seiner Ration genau so „gerecht“ verteilen, wie ehemals. Das „Volk“ wird aber erst später merken, daß es wieder einmal betrogen, um eine Illusion ärmer ist. — Aber die Ernüchterung wird kommen, früher als mancher denkt.

Es ist merkwürdig, daß die demokratischen Apostel in bezug auf die internationale Demokratie nicht ganz — wenigstens scheinbar — einheitlich begelstet sind. Die KPD, wird da plötzlich von ihrer eigenen „Idee“, im Stich gelassen. Sie sieht in der innenpolitischen Demokratie einen Kampf gegen den Kapitalismus, in der außenpolitischen Fortsetzung einen Betrug. Das ist natürlich nur für den sonderbar, der nicht sieht, daß Rußlands Interesse innenpolitisch den Bürgerfrieden erreicht, um mit dem deutschen Kapital in geregelte Handelsbeziehungen zu kommen. Außenpolitisch jedoch den Kampf gegen den Weltkapitalismus und den Versuch, das deutsche Kapital vor den Eintritt in den Völkerbund abzuhalten, immer unter seinen politischen Einfluß zu bringen, seine eigene Position zu stärken. Das Proletariat ist für Rußland eine Figur, die man auf dem Schachbrett hin und her schiebt. Es besteht also gar kein Widerspruch in der Stellung Moskaus zur Demokratie an sich, man muß nur begreifen, daß die Politik Rußlands mit den Klasseninteressen des Proletariats gar nichts zu tun hat, und selbst da, wo sie scheinbar für das Proletariat eintritt, nur demagogische Kunststücke aufhört; proletarische Innen- und Außenpolitik sind eine Lüge. Es ist die Linie des revolutionären Kampfes gegen jeden demokratischen Betrug.

In Genf ist nun diese internationale Kapitalisdemokratie schon zu einer wahren Glanzleistung ausgewachsen. Als die deutsche Regierung preisend mit viel schönen Reden, den Segen der völkerbefreienden Sozialdemokratie in der Tasche, sich mit einer gehörigen Dosis Naivität versah, und das unschuldige Demokratengesicht auf Hunderten von Konferenzen zurücklassend, sich einschiffte, versäumte die „Völkerbefreiende“ natürlich nicht, sich mit einem Glorienschein der weltumspannenden „großen Idee“ einzufüllen. Man glaubte, daß der internationale Kapitalismus so „klug“ sein würde, seine nackten Kapital- und Profitinteressen nicht so offen zu zeigen; man glaubte hinter den Kulissen doch so weit

vorgearbeitet zu haben, um vor dem Proletariat diesen großen Betrug zu verschleiern, und so einen Erfolg buchen zu können. Jetzt ist die ganze Sache an dem „rechthaberischen“, „undemokratischen“ Standpunkt der einzelnen Kapitalmächte gescheitert. In Genf steht eine neue zersaute Vogelscheuche, und die darum herumtanzenden Demokraten reißen der „großen Idee“ immer noch weiter die Fetzen vom Leibe, zum großen Leidwesen der ideenreichen Sozialdemokratie. Wie man dem „Volksentscheid“ die Idee der großen nationalen Familie zu Grunde legt, so dem „Völkerbund“ die von der internationalen. Natürlich ist infolge des weissen Raumes dies nur in der dazu passenden Form möglich. Theodor Wolf meint im Tageblatt, man müsse dem Völkerbund als einen internationalen Klub befrachten. Bei allen feinen Klubs — Chamberlain gehöre auch einem solchen an — herrsche bei den alten Mitgliedern ein — wenn auch unschriebenes — so doch tatsächliches Vorrecht. Sie blicken auf eine gewisse Tradition zurück, und jeder Neue tut gut, sich von vornherein mit diesen alten Herren gut zu stellen. Er dürfe bezüglich der guten Kinderstube dem, der ihm einführt, keine Schande antun und nicht sich den Gönner blamieren. Es käme also Deutschland die Rolle des bescheidenen jungen Mannes zu, der erst hören müsse, sich etwas einlesen müsse, um sich die Gunst der alten Mitglieder des Klubs, deren Sympathien zu erwerben. Im entgegengesetzten Falle würde man ihn als Flieg bald links liegen lassen.

Nun ist es schwer, der Delegation des deutschen Kapitals die Bescheidenheit abzubrechen. Selbst der „Vorwärts“, der täglich auf der ersten Seite, Verhältnisses drückt, findet das Benehmen derselben durchaus einwandfrei und lobt dieselbe über den grünen Klee. Es ist eben sehr schade, daß auch der Völkerbund es nicht jedermann recht machen kann. Wo so recht nüchterne, aber nicht unveränderlich, die immer noch „alten“ Mitglieder mitbringen, bringt Frankreich Polen mit. Wie England Deutschland um den Einfluß kapitalistischer Weltmächte in einer kapitalistisch-imperialistischen Weltorganisation! Der französisch-englische Gegensatz drohte die ganze Komödie zum offenen Fiasko ausarten zu lassen. Man ist noch dabei, um durch Verschiebungen von ständigen und nicht ständigen Ratsitzen unbedeutender Staatsfiguren zu einem Kompromiß zu gelangen. Schweden ist bereits abgehandelt worden. Da braust wieder Brasilien auf. Das Ringen ist erbittert, erbarmungslos. Das deutsche Kapital pfeift auf dem letzten Loch, und muß warten, wie über es die Entscheidung gefällt wird. Das Krachen der internationalen kapitalistischen Gegensätze läßt die Welt ertönen.

Die „Völkerbefreiende“ jedoch sammelt — sorgfältig alle Phrasen auf und präsentiert sie als „Idee“. Die Phrase ist das Fundament ihrer „Politik“. Die KPD, die „einzige Arbeiterpartei“, ist ihr hilfreicher Knecht. — Wenn auch die fortschreitende kapitalistische Krise und die sich daraus ergebende Verschärfung der imperialistischen Gegensätze die Demokratie immer wieder als Ammenmärchen, den „Völkerbund“ als Kapitalisorga-

Öffentliche Versammlung

Donnerstag, den 25. März 1926, abends 7 Uhr, im Moabiters Gesellschaftshaus, Wicelstraße 24. Thema: Volksentscheid, Arbeitslosenstand und die Stellung der Arbeiterorganisationen dazu. Arbeiter erscheint in Massen! Euch geht es an! Komm. Arbeiter-Partei. Allgemeines Arbeiter-Union. Ortsgruppe Berlin.

Der Kulakikurs der KPD.

Reformistische und revolutionäre Agrarpolitik. Die Revolution der revolutionär-katholischen gemäßigten Winzer des Moscovisches werden ein großes Schlaglicht auf die allgemeine Wirtschaftskrise des Kapitalismus. Während die kapitalistische „Rationalisierung“ sich in Deutschland in Form der Aufsaugung der „parasitären Elemente der Wirtschaft“ der kleineren unterbunden Unternehmen durch die Monopolgewaltigen in der Richtung der Konzentration des Kapitals vollzieht, wird durch die Winzerkrisen eine andere Seite dieses Konzentrationsprozesses beleuchtet. Bei der allgemeinen Verschärfung der Klassengegensätze sind es im typischen Beispiel für die trotz aller ideologischen Verkleidungen immer klarer sichtbar werdenden Klassenabschlüsse, auf dem Boden des Landes als Resultat des durch die verengten Absatzmöglichkeiten bedingten heftigen Konkurrenzkampfes. Durch ihre wirtschaftliche Schwäche und technische Unterlegenheit, durch ihre Landarmut, die Unmöglichkeit, besonders für den Nachwuchs, zu dessen Existenz genügendes Land zu erwerben, und die relativ schweren Steuerlasten, tritt immer mehr eine Verarmung der Kleinbauern ein, so daß sie sich fast nicht mehr von dem der Willkür der Junker und Großbauern ausgelieferten Landarbeiten am Leben erhalten.

Diese Entwicklung auf dem Lande, die mit der fortschreitenden Proletarisierung der städtischen Mittelklassen parallel verläuft, erscheint selbst der Bourgeoisie unbedeutend und bedrohlich. Die letzte Reserve der „Konterrevolution“ wird durch die Auswirkungen der kapitalistischen Krise zersetz und ungesicher. Die Kleinbauern werden mit den Landarbeitern zur ausgesprochenen Doormat gestempelt. Sie geraten, trotz der durch jahrhundertlange Tradition reaktionären Einsicht in der scharfen Gegensatz zu den Groß-Bauern und Großgrundbesitzern. Den Winzern sind Staatskredite bewilligt worden! In bürgerlichen Kreisen machen sich wieder Bodenreformpläne auf, zu dem Zweck, durch Parzellierung des Großgrundbesitzes der Landnut der Kleinbauern und ihres Nachwuchses zu bezeugen und so eine Mittelschicht auf dem Lande zu erhalten. In Ungarn ist z. B. die Landnut der armen Bauern so weit vorgeschritten, daß bei Veräußerungen von Land Tausende von Bauern sich direkt darum reißen. In diesen Tagen haben 400 mit Heugabel bewaffnete Bauern die Felder eines fürstlichen Großgrundbesitzers in der Tschecho-Slowakei besetzt, bis sie von der Gendarmarie vertrieben wurden. Trotz Regierungsversprechen ist dieser Besitz nicht parzelliert worden.

Doch die Entwicklung geht vorwärts. Das Rad der Geschichte läßt sich nun einmal nicht zurückdrehen. Auch die Agrarfrage kann innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht gelöst werden. Die Agrarfrage ist ein Teil der allgemeinen Wirtschaftskrise, steht mit ihr in Wechselwirkung und verschärft sie. Heute ist die Abwanderung der überzahligen Landbevölkerung in die Industriezentren vollkommen unmöglich, weil hier schon eine riesige Reservarmee vorhanden ist. Die Bodenreformpläne liegen auf der gleichen Linie wie die kleinbürgerlichen Versuche, die wachsende Monopolherrschaft einiger Trusts und Syndikate durch Gesetze zu verhindern. Angereichert durch die wirtschaftlichen Krisen und den Konkurrenzkampf um die beschränkten Absatzmöglichkeiten wird die Kapitalkonzentration die sozialen Gegensätze auf dem Lande, wie in der Stadt weiter verschärfen. Dieser Prozeß, der zwangsläufig, auf Grund der ökonomischen Notwendigkeiten des Kapitals vor sich geht und nicht von einem bösen Willen der Kapitalisten abhängt, ist, wird folgerichtig auf der einen Seite die Oligarchie reicher Trusts und Syndikate herantreiben, und dem auf der anderen Seite die besitzlosen, verelendeten Massen entgegenstellen. Alle Träume vom selbständigen Mittelstand und „freier Scholle“ werden dem vollends der Verzweiflung anheimgeführt.

Das deutsche Proletariat hat es in der Hand, diese Zustandsperspektive zum Pauperismus breiter Massen abzuwenden und seinen Lebensweg abzulenken. Die objektiven Voraussetzungen für die proletarische Revolution sind reif.

Die deutsche Proletariat hat es in der Hand, diese Zustandsperspektive zum Pauperismus breiter Massen abzuwenden und seinen Lebensweg abzulenken. Die objektiven Voraussetzungen für die proletarische Revolution sind reif. Die Proletariat gegen das Proletariat, die Sozialdemokraten und ihre Zuhörer als Kapitalnechte entlarven, um so darf das Proletariat noch nicht mit verschränkten Armen diesem Verdingungsfeldzug gegenüberstehen. Es kann sonst leicht sein, daß es von einem neuen Weltungewitter unvorberichtet überbrückt wird. Zum Mindesten bleibt es ein Opferlamme des Kapitalismus, solange diese sozialdemokratischen „Ideen“ in seinen Köpfen spukt.